

„Landtag nimmt Vorreiterrolle ein“ Schluss mit wohlmeinender Bevormundung

Landtagspräsident Ulrich Schmidt ist nicht nur Dienstherr der Beamten, Arbeiter und Angestellten des Landtags, sondern im Ehrenamt auch Vorsitzender der Lebenshilfe NRW. Darum liegt ihm die Integration von Behinderten in die Gesellschaft besonders am Herzen – wo kann man da besser anfangen als im „eigenen Haus“? Seine Sicht der Dinge stellt er im folgenden Gespräch zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen dar.

Was tut der Landtag, um die Integration von Menschen mit Behinderungen zu verbessern?

Der Landtag berät ganz aktuell einen Gesetzentwurf zur Gleichstellung behinderter Menschen. Ziel des Gesetzentwurfs ist es, die immer noch bestehende Benachteiligung von Behinderten zu beseitigen und die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Das gilt auch für eine selbstbestimmte Lebensführung. Konkret sieht der Gesetzentwurf die Änderung etlicher Landesgesetze vor, wie die Bauordnung und das Straßen- und Wegegesetz. Ich nenne als Stichwort: „Barrierefreiheit“ für Behinderte. Der Landtag kommt damit der Ergänzung des Grundgesetzes nach, wo es in Artikel 3 heißt: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Unternimmt der Landtag genug, um behinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu integrieren?

Der Landtag nimmt in NRW eine Vorreiterrolle ein. Als einer der ersten „Arbeitgeber“ hat der Landtag die betriebliche Integration von behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landtagsverwaltung vor einem Jahr in Form einer betrieblichen Vereinbarung in Kraft gesetzt. Das Ziel ist es, die Beschäftigungssituation von Behinderten deutlich zu verbessern. Die Zahlen muss der Landtag nicht schön reden. Im Gegenteil: Mit einer Beschäftigungsquote von 7,5 Prozent liegt der Landtag im oberen Drittel der Landesbehörden. Aber nichts ist so, als dass es nicht noch besser werden könnte. Das Ziel bis

2005 ist eine Acht vor dem Komma, also zwei Punkte über der Mindestquote.

Wie wünschen Sie sich die Zukunft für ein gleichberechtigtes Miteinander in Alltag, Berufsleben und Freizeit?

Dringend notwendig ist ein Perspektivwechsel, der ein Umdenken in den Köpfen der Menschen ermöglicht. Dazu müssen mehr Kontakte zwischen Behinderten und Nichtbehinderten geschaffen werden, zum Beispiel durch mehr offene und ambulante Unterstützungsangebote. Das „betreute Wohnen“, das wir in NRW seit einiger Zeit erfolgreich praktizieren, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Ganz entscheidend ist, wie viel Selbstbestimmung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wir Menschen mit Behinderungen wirklich zugestehen wollen. Wir müssen uns selbst fragen: Sehen wir im Menschen mit geistiger Behinderung zum Beispiel wirklich jene eigenständige Persönlichkeit, die wir ernst nehmen wollen? Oder dominiert in unseren Köpfen nicht doch häufig das Prinzip der „wohlmeinenden Bevormundung“ vor der manchmal unbequemen Einräumung von mehr Selbständigkeit? Nachdem die gesetzlichen Normen an Grundsätzen der Integration und der Normalisierung ausgerichtet sind, ist es eine wichtige Zukunftsaufgabe, behinderte Menschen selbst in Aktivitäten einzubeziehen und Mitwirkungsmöglichkeiten in Einrichtungen für sie abzusichern. Dazu brauchen wir einen langen Atem. Darüber bin ich mir auch als Vorsitzender der Lebenshilfe in NRW bewusst. ♻

Das Landtagsgebäude wird barrierefrei Umbau für mehr Behinderten-Freundlichkeit

Im Selbstverständnis des nordrhein-westfälischen Landtags nimmt Behinderten-Freundlichkeit einen großen Stellenwert ein. Schon vor der Integrationsvereinbarung hat sich die Landtagsverwaltung zum Ziel gesetzt, sämtliche baulichen Barrieren im Parlamentsgebäude für behinderte Mitarbeiter/-innen, Abgeordnete und Besucher/-innen aus dem Weg zu räumen.

Laut Anita Drensek, im Referat Gebäudemanagement der Landtagsverwaltung für die Umbaumaßnahmen zuständig, werden keine Mühen gescheut, um die Richtlinie DIN 18030 „Barrierefreies Bauen“ vom November vergangenen Jahres zu erfüllen. Dazu wurde das Integrationsamt in Köln zur Beratung eingeschaltet.

Seit der Osterpause wird verstärkt Hand angelegt. Die beiden Stahltüren zwischen der Tiefgarage U1 und den Aufzügen wurden bereits durch Automattüren mit Sichtglas ersetzt. Nach der Sommerpause werden automatische Türen auch die Eingangshalle mit den Sitzungssälen im Erdgeschoss sowie die Wandelhalle mit allen Fraktionssitzungssälen verbinden. „Das Ziel ist, dass Rollstuhlfahrer langfristig ohne fremde Hilfe von der Tiefgarage bis in jeden Sitzungssaal gelangen können“, so Drensek. Dass in der Tiefgarage 12 Parkplätze in der Nähe der Aufzüge für Behinderte reserviert sind, ist eine Selbstverständlichkeit. Alle Behinderten-Toiletten sollen mit Tasten zum automatischen Öffnen ausgestattet werden.

Auch Menschen mit Seh- und Hörbehinderungen kommen im Landtag nicht zu kurz. Sowohl die Garagenaufzüge, als auch der runde Aufzug von der Eingangszur Wandelhalle und der Aufzug, der ins Restaurant führt, werden in diesem Jahr blindenfreundlich mit akustischen Signalen ausgestattet. Eine Induktionsschleife für Hörgeräteträger/innen gibt es im Plenarsaal bereits seit zehn Jahren. Die Technik wurde inzwischen jedoch überholt, so dass die von der Mikrofonanlage des Plenarsaals aufgenommenen Tonsignale direkt und ohne störende Nebengeräusche in das Hörgerät übertragen werden können. ♻

„Reinkriechen“ nennt Alex (l.) sein Vorgehen, wenn er etwas genau erkennen will. Er ist seit seiner Geburt hochgradig sehbehindert wie sein Kollege Florian (r.), die beide im Berufsbildungswerk Soest zum Koch ausgebildet werden. Hier auf dem Foto steht die Herstellung hausgemachter Kroketten auf dem Programm. Übrigens: Dreiviertel aller Absolventen des Berufsbildungswerks finden nach ihrer Ausbildung sofort auf dem freien Arbeitsmarkt eine Stelle. Foto: LWL

